ZEIT ONLINE | WIRTSCHAFT

SOZIALSYSTEM

Das Riester-Renten-Debakel

Es wird Zeit, dass die Politik ihr Scheitern eingesteht: Die Geschichte von der Zukunftsfestigkeit der kapitalgedeckten Rente war einfach nicht wahr.

VON: Heiner Flassbeck | 18.09.2012 - 16:07 Uhr



Rentnerin in Hamburg

Als die rot-grüne Koalition im Jahr 2002 ihre große Rentenreform auf den Weg brachte, waren sich Regierung und Opposition einig: Endlich sei der große Wurf gelungen und der Einstieg in die kapitalgedeckte Rente geglückt. Das deutsche Rentensystem sei nun zukunftssicher.

Zehn Jahre später ist der Jammer groß. Erst jetzt merken viele, dass die Rentner in Wahrheit in eine Falle gelockt wurden, aus der es kein Entkommen gibt. Die gesetzlich garantierte Rente fällt und fällt, aber die private Vorsorge, die die Lücke schließen sollte, gleicht das nicht aus.

Noch will es keiner aussprechen. Aber die Geschichte von der Zukunftsfestigkeit der Kapitaldeckung war von Anfang an nicht wahr. Weil sich das niemand eingestehen will, verfolgt die Politik lieber eine altbewährte Strategie: Sie versucht das Gleiche noch einmal. Sicherlich war nur die Dosierung falsch, nicht die Medizin als solche.

Dabei liegt das Scheitern der kapitalgedeckten Rentenversicherung auf der Hand. Die Riester-Rente etwa sollte dazu führen, dass Arbeitnehmer bis zu vier Prozent ihres Einkommens in private Rentenfonds einzahlen. Dafür bekommen Sie vom Staat eine finanziell nicht unerhebliche Förderung. Das ergibt natürlich nur dann Sinn, wenn diese vier Prozent zusätzlich gespart werden und nicht andere Sparformen ersetzen. Die Sparquote der privaten Haushalte in Deutschland müsste also nach der Einführung der Riester-Rente gestiegen sein. Ist sie aber nicht.

Im Jahr 2002, also unmittelbar nach der Einführung der Riester-Rente, betrug die Quote rund 10,3 Prozent des verfügbaren Einkommens. Im zweiten Quartal 2012 lag sie bei 10,4 Prozent – also nur leicht darüber. Die Sparquote, auf die es ankommt, dürfte sogar gefallen sein. Zum verfügbaren Einkommen werden nämlich auch die Einkünfte aus Unternehmertätigkeit und die Vermögen gezählt, von denen ein weit größerer Teil gespart wird als von den Arbeitseinkommen. Da die Firmengewinne und Vermögenseinkommen im vergangenen Jahrzehnt weit stärker gestiegen sind als die Einkommen aus Arbeit, ergibt sich unter dem Strich, dass die Sparquote der Arbeitnehmer und besonders die der Geringverdiener gesunken ist.

Heiner Flassbeck



ist einer der profiliertesten linken Ökonomen in Deutschland. Flassbeck ist Chefvolkswirt bei der Uno-Organisation für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD) in Genf und seit 2005 Honorar-Professor an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik.

Mit anderen Worten: Der Staat hat mehr als zehn Milliarden an Subventionen dafür ausgegeben, dass die Haushalte Ersparnisse, die sie ohnehin gehalten hätten, teilweise durch Riester-Produkte ersetzt, insgesamt aber weniger gespart haben. Sinnloser kann eine Subvention nicht sein. Weil aber zugleich mit der Einführung der kapitalgedeckten Tranche die normale gesetzliche Rente heruntergefahren wurde, führt man nun eine Debatte über Altersarmut. Bezeichnenderweise spricht niemand mehr davon, dass die kapitalgedeckte Rente einmal dazu da war, das Herunterfahren der gesetzlichen Rente auszugleichen.

Der Schildbürgerstreich namens kapitalgedeckte Rente hat aber noch zwei weitere Dimensionen. Allein schon die Idee, die Sparquote erhöhen zu wollen, um für die Zeit vorzusorgen, in der die Bevölkerung altert, ist verfehlt. Eine höhere Sparquote würde nur dann helfen, die Belastungen der Alterung abzumildern, wenn in der Folge auch mehr in Sachanlagen investiert würde. Oder anders gesagt: Wenn der Kapitalstock der Volkswirtschaft wachsen würde, aus dessen Erträgen man dann dann im Jahr 2030 die Rente bezahlen könnte. Wenn die privaten Haushalte aber mehr sparen, wird nicht mehr investiert, sondern weniger. Wäre die Sparquote

tatsächlich um vier Prozent gestiegen, wäre die Nachfrage der privaten Haushalte noch schwächer gewesen und daraufhin auch die Investitionstätigkeit.

Auszuschließen ist auch nicht, dass eine höhere Sparquote vor der Finanzkrise dazu geführt hätte, dass noch mehr Geld in Zockerprodukte am Finanzmarkt geflossen wäre. Diese werfen am Ende jedoch sowieso keine gesamtwirtschaftliche Rendite ab und mit ihnen lässt sich auch für die Masse der Bevölkerung kein Rentenbeitrag erwirtschaften.

Es mag paradox klingen, aber am Ende sollten wir alle froh sein, dass die privaten Haushalte nicht getan haben, was Herr Riester von Ihnen erwartete. Nur weil die kapitalgedeckte Rente ihr selbstgestecktes Ziel nicht erreicht hat, ist der Schaden für die Gesamtwirtschaft, für die Investitionstätigkeit und die Rente nicht noch größer geworden. Trotzdem haben alle bei der Rentenreform verloren. Alle, außer den Versicherungen, denen es in einem schönen Stück Lobbyarbeit gelungen ist, die gesamte Bevölkerung und die Politik über den Tisch zu ziehen.

Wer die Rente sicher machen will, muss dafür sorgen, dass investiert wird. Nicht in Zockerprodukte, sondern in einen zukunftsfähigen Kapitalstock. Auch da liegt in Deutschland vieles im Argen. Immer mehr zu exportieren und den Kunden, die man im Lauf der Zeit vom Markt verdrängt hat, die deutschen Ersparnisse zu geben, mit denen sie die deutschen Güter kaufen, ist kein sonderlich zukunftsfähiges Modell. Das sieht man gerade in Europa. Irgendwann sind nämlich die Kunden pleite. Dann man muss ihnen die eigenen Güter schenken. Und die Ersparnisse sind weg.

Damit die Rente sicher ist, muss eine Volkswirtschaft über eine Kapitalausstattung verfügen, die in Form der gesamtwirtschaftlichen Produktivität zuverlässig eine Rendite liefert. Altert die Gesellschaft und kann sie den Rückgang der Arbeitsleistung nicht durch Zuwanderung, mehr Arbeitsstunden oder höhere Erwerbsbeteiligung ausgleichen, muss sie sich besonders anstrengen, die Kapitalausstattung durch Investitionen zu verbessern. Immerhin muss dann mit weniger Arbeitskraft gleich viel oder sogar mehr produziert werden.

Selbst wenn das gelingt, müssen die Jüngeren in Relation zu ihren steigenden Einkommen mehr für die Rente zahlen. Die Alten bekommen im Vergleich zu ihren Einkommen weniger. Kein Finanztrick kann an diesem einfachen Zusammenhang etwas ändern. Deswegen wäre es das Beste, dass man sich darauf einigt, von Generation zu Generation die Lasten gemeinsam zu schultern, wie das beim Umlageverfahren in nahezu perfekter Weise geschieht. Für uns alle, aber vor allem für die SPD heißt das: Vorwärts, Genossen! Wir müssen zurück.

QUELLE: ZEIT ONLINE
ADRESSE: http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-09/riester-rente-debakel/komplettansicht